

# Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Samstags- und Feiertags-Beilage

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Samstags- und Feiertags-Beilage

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Als Beilage des St. Quirinusblattes. Preis für den Monat durch Boten ins Haus gebracht Mk. 3.00. Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46. Reichsbank-Giro-Konto. Postfach-Konto 3541 41800.



Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kaufkräftigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9-spaltige Zeile 1.25 Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.50 Mark, und für die 4-spaltige Reklamezeile 4.00 Mark. Anzeigen werden bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages, Zahlung bei Ausgabe.

Nr. 11

Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Heinrich Staab.

Samstag, 15. Januar 1921. (Paulus-Ginf.)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

48. Jahrgang

## Peret versucht's.

### Ueber 75 Milliarden Steuern 1920. — Volksentscheid über Schwarz-Weiß-Rot?

#### Neuestes in Kürze.

Berlin, 15. Jan. In der deutschen Antwort auf die Fragen der Entente heißt es, die deutsche Regierung verspreche sich eine Verminderung des Papiergeldumsatzes von der in kürzester Zeit beschleunigten Einführung der Steuern. Im Jahre 1918 sei an Steuern 4478 Millionen Mark eingegangen, im Jahre 1920 sollen 75202 Millionen Steuern eingehen, die aber zur Deckung der Ausgaben nicht genügen würden.

Köln, 15. Jan. Millionensteuern ist man auf die Spur gekommen. Durch Fälschung von Frachtbriefen ist es abermals eine Reihe von Personen gelungen, im Rheinlande, insbesondere in Neuss, Eisenbahnfahrkarten zu verschleusen, die einen Wert von mehreren Millionen Mark darstellen. Es handelt sich um Schwarz, Rasse, Rasse etc. Zwei an den Schleusen beteiligte Kaufleute konnten bereits verhaftet werden.

Berlin, 15. Jan. Die Regierung hat mit den Spitzen der Beamten-Organisationen wegen des Preisabfalls verhandelt. In den Kreisen der Eisenbahner hofft man auf einen feindseligen Ausblick wegen der Lohnsenkungen. Der Über-Ausschuss wird morgen zu den Vorschlägen der Regierung Stellung nehmen.

Frankfurt a. M., 14. Jan. Wie die Frankfurter Zeitung aus Warschau hört, ist in Paris für die Abstimmung in Oberschlesien der 13. März in Aussicht genommen.

Braunschweig, 15. Jan. In den letzten 48 Stunden ist hier eine solche Menge Schnee gefallen, daß der Winterport aufgenommen werden kann.

Münster, 15. Jan. Bei einem Zusammenstoß jugendlicher Kommunisten mit der Polizei wurden mehrere Beamte schwer mißhandelt.

Wien, 14. Jan. Der Poststreik ist in der Briefbeförderung allgemein, in der Geldbeförderung noch nicht, in den Ländern wird der Streik im vollen Umfang durchgeführt.

Paris, 15. Jan. Die Verschiebung der Interalliierten Konferenz ist nicht beabsichtigt, man hofft, daß es morgen zur Rabinetsbildung kommen werde.

#### Zur fünfzigsten Wiederkehr des Tages der Reichsgründung.

Die Verbände und Gruppen unserer Zentrums-partei möchten wir auf das Reichsjubiläum am 18. Januar dieses Jahres aufmerksam machen. Es ist für unsere Freunde nicht ohne einen gewissen Reiz, die Jubiläen der Partei und des Reiches nebeneinander zu stellen. Unsere Partei hat bei aller Gegenständlichkeit zu der kulturellen und freibeweglichen Richtung der anfänglichen Reichsbildung unter Bismarcks Führung sich stets und zwar mit wachsendem Erfolge bereit gezeigt, selbst unter Opfern positiver militärischer und politischer Nachteile. So wird das Zentrum nach Beilegung des Kulturkampfes und Einführung einer gemäßigten Schutzpolitik zum Träger des Reichsgedankens, wobei es nie das große Ziel aus den Augen verlor, unter weitestgehender Wahrung der Rechte der einzelnen Länder alle Stämme, die deutscher Zunge sind, endlich einmal unter der deutschen Fahne geeint zu sehen. So hat der Geburtstag des Deutschen Reiches gerade auch unserer Partei viel zu sagen.

Nachdem es gilt es des mühsamen Aufstiegs und der großen Opfer, leider aber auch der deutschen Katastrophe zu gedenken. Aber das wäre kein rechter Zentrumsmann, der den Glauben an die deutsche Zukunft trotz der dunklen Gegenwart verläßt. So sollte ein solcher Erinnerungstag auch bei uns all die aufbauenden Kräfte wecken, deren unsere Partei durch den in ihr waltenden christlichen Geist doch gewiß ist. Unsere Freunde bitten wir daher, in diesen Tagen die Gelegenheit nicht zu verpassen, in würdiger Weise des 18. Januar 1871 zu gedenken.

Das Reichsgeneralsekretariat der Deutschen Zentrums-Partei.

#### Peret mit der Kabinetsbildung beauftragt.

Paris, 14. Jan. Präsident Millerand hat Raoul Peret ersucht, das neue Kabinett zu bilden. Peret hat im Prinzip angenommen. Er wird sich mit den Persönlichkeiten, deren Beteiligung bei der Bildung des Kabinetts notwendig wäre, beraten und um 8 Uhr abends seine endgültige Antwort geben.

#### Die Andern.

Paris, 14. Jan. Der von Millerand mit der Neubildung der Regierung beauftragte Kammerpräsident Peret hat bereits am Nachmittag mit den

Parteiläutern über die Verteilung der einzelnen Ministerposten verhandelt. Es wurde bisher vorgesehn, daß er persönlich das Ministerium des Innern übernimmt. Briand das Ministerium des Reichs und Raiberti Kriegsminister bleibt. Poincaré lehnte das ihm angebotene Finanzamt ab; Doucœur wird Finanzminister.

#### Das Programm.

Ueber Briands Programm verläutet bereits, daß seine erste Aufgabe die Herbeiführung einer Konferenz mit Lloyd George zum Zweck der Befriedung der griechischen Frage sein solle. Die Regierung König Konstantin von Griechenland solle anerkannt und der Kampf für eine Revision des Vertrags von Sevres aufgegeben werden. Dafür sollten aber von Griechenland einige Zugeständnisse gemacht werden. In zweiter Linie wolle Briand die russische Frage im engsten Einverständnis mit Lloyd George bearbeiten. In einer amtlichen Erklärung hierüber heißt es, daß die Lösung der russischen Frage die wichtigste Aufgabe des neuen Ministeriums sein werde und von den französischen und englischen Sachverständigen sofort in Angriff genommen werden solle.

#### Nach Möglichkeit.

Paris, 15. Jan. Die deutsche Regierung hat nunmehr auf die Mitteilung der Wiedergutmachungskommission vom 27. Dezember betreffend die Erhöhung des monatlichen Kohlenkontingents von zwei Millionen Tonnen auf 2.200.000 Tonnen und betreffend den Wegfall der Vorschlagsprämie von 5 Goldmark geantwortet. Sie erklärt, sie könne die Anforderungen nach Kohlenlieferungen für Februar und März nicht als beiderseitigen Vertrag anerkennen, sondern nur als einseitige Forderung der Wiedergutmachungskommission betrachten. Die deutsche Regierung behält sich vor, der Wiedergutmachungskommission einen Bericht zu unterbreiten, in dem die wirtschaftlichen Folgen aus den vereinbarten Kohlenlieferungen dargelegt werden. Die deutsche Regierung fügt schließlich hinzu, sie werde nach Möglichkeit beistehen, daß neue Februar- und März-Programme zu erfüllen.

#### Bestimmung der Reichsfarben durch Volksentscheid.

Berlin, 14. Jan. Wie mitgeteilt wird, soll der Versuch gemacht werden, den Streit um die Reichsfarben, der durch die Bestimmung der Verfassung offensichtlich noch nicht beigelegt ist, im Interesse des inneren Friedens und der Geschlossenheit unseres Volkes endgültig aus der Welt zu schaffen. Zu diesem Zweck hat die Deutsche Volkspartei bei den anderen Regierungsparteien angeregt, die Entscheidung der Frage der Wiedereinführung der schwarz-weiß-roten Flagge durch Volksentscheid herbeizuführen. Die anderen Regierungsparteien werden zu dieser Anregung sofort nach dem Zusammentritt ihrer Fraktionen Stellung nehmen.

#### Einpruch.

Berlin, 14. Jan. Nachdem der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete davon Kenntnis erhalten hatte, daß in der französischen Zone jede öffentliche Feier des Gedankens der Reichsgründung am 18. Januar verboten worden sei, hat er mündlich und schriftlich bei der Internationalen Rheinlandkommission hiergegen Einspruch erhoben und darauf hingewiesen, daß das Bemühen vergeblich sein werde, den geistigen Zusammenhang in vaterländischen Fragen zwischen dem besetzten und dem unbesetzten zu unterbinden.

#### Preussische Landesversammlung.

(Fortsetzung von Seite 2.)

Berlin, 14. Jan. Heute begann das Haus die dritte Sitzung der Wahltagung. Sie fanden ganz und gar im Zeichen der Wahltagung. Die Verhandlungen, die heute auch mit Angriffen auf die Reichsregierung zu dieser Seite der gegenwärtigen Oppositionsregierung im Reich vorgebracht wurde, ließen ein Gemisch von Unzufriedenheit und Korruption. Wir meinen, gerade die Partei des Reichs, die bisher den Beweis, besonders gut zu regieren schuldig geblieben ist, hätte alle Verantwortung, den Mund etwas weniger voll zu nehmen. Die fortwährenden Angriffe auf den Reichsminister Herrmann, die eine Spezialität des Herrn Gieseler bilden, wirken nachgerade ermüdend.

Abg. Graef (Dn. Sp.). Für ihn ist natürlich alles schlecht, was während der Tagungsbauer der preussischen Landesversammlung und unter der gegenwärtigen Oppositionsregierung geschieht. Der Bundige weiß, was er davon zu halten hat. Er erwartet von den neuen Wahlen eine klare Stellungnahme des preussischen Volkes gegen den Reichstag.

Der Zentrumsbund Abg. Gronowitsch fand warme Worte bei der nachdrücklichen Unterbrechung der Tagesordnung, daß die Besetzung der besetzten Gebiete sich in der

Siehe zum gemeinsamen Vaterlande von niemanden abtreiben lassen. Entschieden wies er die Angriffe der Sozialdemokratie auf die Reichsregierung zurück. Es war selbstverständlich, daß auch die Rede des Reichstagspräsidenten Dr. Reibig, dessen Partei in Preußen zur Opposition gehört, in der Hauptsache auf diese Opposition abgefaßt war. Daß in der Rede des Reichstagspräsidenten Dr. Reibig, dessen Partei in Preußen zur Opposition gehört, in der Hauptsache auf diese Opposition abgefaßt war. Daß in der Rede des Reichstagspräsidenten Dr. Reibig, dessen Partei in Preußen zur Opposition gehört, in der Hauptsache auf diese Opposition abgefaßt war.

Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen. Auf Antrag Ludwig (Dn. Sp.) wird eine lange Reihe von Staatsfeinden durch Sonderabstimmungen nach den Beschlüssen der zweiten Sitzung gegen die Stimmen der Dn. Sp. und der Kommunisten angenommen. Nach der Abstimmung über ein Kapitel im Etat der Finanzverwaltung wird Abg. Hoffmann (Dn. Sp.) die Entscheidung der Fraktionen gefordert, daß das werden wir auch anerkennen! Das Staatsgesetz mit dem Etat für 1920 wird hierauf in der Schlussabstimmung gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen. Das Gesetz über den Staatshaushalt mit dem gemeinsamen Antrag aller Parteien

der Einnahmen und Ausgaben auf 5 1/2 Millionen Mark festgesetzt wird angenommen. Ueber den Antrag der Deutschen Volkspartei wegen einer wöchentlichen Schullehrer an 18. Januar wird nunmehr abgestimmt. Die Linke enthält sich wiederum der Abstimmung. Da nur 131 Stimmen abgegeben werden, ergibt sich wiederum eine Schlussunfähigkeit des Hauses. Es folgen wieder zwei beschlußfähige Sitzungen. In einer neu anberaumten Sitzung wird zunächst ein Antrag Königreichs (Dn. Sp.) auf schnelle Verabschiedung eines Reichsschulgesetzes angenommen. Die Schaffung eines Reichsschulgesetzes hingegen abgelehnt.

Wohlfahrtsminister Siegelward erklärt, daß das Schullehrergesetz nicht mehr zur Verabschiedung gelangen könne, werde er die Zwangsstellung zu Verhandlungen benötigen, um den neuen Entwurf ein gut durchgearbeitetes Gesetz vorlegen zu können.

Der Gesetzentwurf über das Dienstentkommen der Gewerbe- und Handelslehrer und -lehrerinnen an gewerblichen, hauswirtschaftlichen Berufsschulen (Mittelschulgesetz) wurde nach den Beschlüssen des Hauses in zweiter und dritter Beratung ohne Erörterung erledigt, ebenso der Gesetzentwurf über das Dienstentkommen der Mittelschullehrer und -lehrerinnen. Das Mittelgesetz für Kleinkonten wurde angenommen. Der Kredit von 400 Millionen zur Abwendung der Baukostensteigerung wurde bewilligt, desgleichen das Gesetz über die Wahlen zu den Handelskammern angenommen.

Damit stand das Haus am Schluß seiner Arbeiten. Präsident Reibig sprach das Schlusswort.

#### Zentrum und deutsch-hannoversche Partei haben ein Wahlbündnis geschlossen.

Die hiesige Zeitung schreibt dazu:

Die Verteilung der gemeinsamen christlichen Grundzüge, die seit Jahrzehnten mit wenigen Unterbrechungen beide Parteien zum gemeinsamen Kampfe gegen die Gegner der christlichen Weltanschauung zusammengeführt hatte, hat auch jetzt die Führer beider, das Zentrum, welches im letzten Reichstagswahlkampf, sowie auch hier und da in einzelnen Stadtparlamenten hervortrat, zurückzuführen und die Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen einzuleiten, um sie den zukünftigen Parteistellungen zur Verfügung zu bringen. Unter Berücksichtigung der gemachten Erfahrungen bei früheren Zusammengehören, sowie unter Rücksichtnahme auf die gegenseitigen Wünsche wurden schriftliche Vorschläge vorgelegt, welche die Annahme beider Partei-Instanzen gefunden haben. Gerade mit Rücksicht auf die Provinzial-Landtags- und Kreiswahltagungen schienen ein Zusammengehören beider Parteien dringend erwünscht. Werden doch dem neu zu wählenden Provinzial-Landtag gegenüber dem bisherigen großen Aufgaben der Gesetzgebung zugelegt. Hingewiesen sei z. B. auf die Rechte des Provinzial-Landtags mit Vertretung der Provinz im Reichstag, auf ausschließliche Befugnis des preussischen Staatsrates mit Vertretern der Provinzen, ferner Bestimmung von Beiräten für die Kirchen- und Schulfragen sowohl bei der Provinzial-Schullegation, wie auch den Regierungsabteilungen für das Kirchen- und Schulwesen. Im Hinblick auf alle diese Tatsachen erschien beiden Parteien das Zusammengehören in ihren Zielen so überaus wichtig, daß sie ein Zusammengehören der entscheidenden christlichen Kräfte im hannoverschen Landtag und der parlamentarischen Volkskraft im Reichstag, Provinzial-Landtag und Landtag dringend erwünscht hielten.

#### Beteiligung der Arbeiter am Gewinn.

Berlin, 15. Jan. Das große anhaltische Dampfmaschinen-Gesellschaft in Bernau bei Berlin beschloß zur Förderung der Erzeugung und Arbeitsleistung aus eigenem Antrieb die Gewinnbeteiligung seiner Angestellten und Arbeiter.

## Wahlgedanken.

Der Rheinische Zentrums-Parteitag hat den Wahl- und Sammelgedanken zu den kommenden Wahlen gegeben. Im eingehenden Referat wurde Stellung genommen zu den Fragen der äußeren Politik, der Wirtschaftslage, der Neugliederung des Reiches. Wir haben in möglichst eingehender Darstellung unsere Parteifreunden die Wahlgedanken wiedergegeben. Jetzt wird die Kleinarbeit, die Vorbereitung der gegebenen Richtlinien bis in die kleinsten Details einzufügen haben.

Noch ein paar grundsätzliche, man möchte sagen Bindungen an der Stelle, wo das Geäst der kleinen Äste ansetzt. Wiederholt wurde auf der Tagung betont, wie dringend nötig man sich der christlichen Front, im neuen Preussentag Verwaltungsräten und Wirtschaftsmenschen seien. Mit gutem Recht! Denn wie können wir z. B. in der Frage des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat die zahlreichen gegnerischen Kräfte mit sachlichen Vorschlägen unfernerseits parieren, wenn nicht Leute in unseren Reihen sind, die sachkundig sind! Rechten Endes bleiben bei aller Westschätzung propagandistischer Tätigkeit für die Bedeutung einer Fraktion nicht die Redner, sondern die Schaffenden maßgebend. Gerade wir haben uns auf staatsorganisatorischem Gebiete große Aufgaben gestellt. Ich erinnere an die Neugliederung des Reiches, die große Verwaltungsreform, die Stellung der Kirche zum Staat. Auf wirtschaftlichem Gebiete das gleiche Bild. Es war ordentlich wohlthuend, den Industriellen H. Kildner über unsere Wirtschaftsnöte zu hören und hinterher von einem christlichen Arbeiterführer zu vernehmen: Den Mann haben wir Arbeiter in den Reichstag geschickt, indem wir eine Arbeiterkandidatur zurückstellten!

Das ist ein neuer Geist! Noch ist es nicht überall so. Der Parteitag kam mit seiner Mahnung zu den Ständen, die Bedeutung der politischen Kandidatur nicht zu unterschätzen, vielfach zu spät. Die Wahlen sind zum großen Teil schon fertig. Ein Ueberblick ergibt, daß gegen das erhobene Prinzip der Allgemeinhandhabung vielerorts wieder gesündigt wurde. Die Allgemeinmeinung der Parteien ständischen Betätigung im politischen Leben muß sich naturgemäß in einer so allseitig und gleichmäßig zusammengesetzten Partei, wie es die Zentrums-Partei ist, verflücht geltend machen. Aber hier wird ein Vorzug zum Mangel. Denn wir schaffen instinktiv ausgeprägte Ständekandidaturen und vernachlässigen die Organisationsarbeit. Erwähnt sei noch ein Vorschlag, den Herr Rupp in der Fraktion machte, indem er geforderte Ständekandidaten der Partei empfahl, die getrennt gewählt und verbunden würden. Es wurde zugesagt, den Vorschlag an den maßgebenden Stellen zu prüfen. Unverkennbar ist, daß das wirtschaftliche Moment heute besonders vernehmlich ist. So aber die Ständekandidaten der Partei nicht letzten Endes zur Fortführung und Verewigung des Ständepinzips in der Politik der Parteien führen werden? Wir sehen das Heilmittel anderswo zu liegen. Wir haben allen Grund, nicht nur aus prinzipiellen Gründen den Ausbau des Wirtschaftsparlamentes von Parteiständen zu betreiben, sondern auch aus allgemeinen organisatorischen Gründen. Dieses Vorwärtsschreiten, diese unglückliche Verengung zwischen unauflöslichen ständischen Verbindungen und parteipolitischen Notwendigkeiten muß dringend abgeklafft werden. Haben die Berufsstände eine vollwirksame Instanz für ihre Wünsche, dann wird die Politik ebenso mit Sachleuten arbeiten können. Und politische Sachleute sind nach Lage der Dinge heute: Verwaltungs- und Wirtschaftsmänner.

Brennend wird auch die Behandlung der Neugliederung des Reiches zu den Wahlen werden. Die Deutsche Volkspartei geht unter dem Ruf: Preußen in Not zur Wahlurne. Demgegenüber muß einmal mit aller Schärfe betont werden: Geht der Kampf wirklich um Preußen? Uns scheint, daß es sich bei Lösung der Neugliederungsfrage um ein Gesamtproblem handelt, das mit Wegfall der Dynastien zur brennenden Notwendigkeit geworden ist. Wer ohne Bedenklichkeit pro und contra das deutsche Landesystem überprüft, muß doch zwei Tendenzen feststellen. Die alle Anlage haben, in unsere einheitlich nationale Fortentwicklung führend einzugreifen. Einmal den sozialistischen Zentralismus, der aus seiner materialistischen Weltanschauung heraus das verwerfliche, was ein ständesobrigkeitsmäßiges Verwaltungssystem geschaffen. Es ist beileide nicht der alte, ferne Preussengeist, der die Sozialdemokratie auf die Schenken rief. Es ist der Parteigott, der sich seinen Gott der Revolution bauen will. Die Stellung des preussischen Ministeriums im Ganzen und in einzelnen seiner



## Von den Märkten.

Preisfeststellungen des Produktienmarktes zu Arefeld  
am 12. Januar 1921: Mais, greiß. ohne End 170 Mk.,  
Aderwöhlner ohne End 160 Mk., Futtererbsen ohne End  
160 Mk., neue inländ. große Erbsen ohne End 200 Mk.,  
neue Vittoria-Erbsen ohne End 220 Mk., neue grüne Erb-  
sen ohne End 200 Mk., Holstein. Buchweizen ohne End

Habe mich in  
**Holzheim**  
**als Hebamme**  
niedergelassen.  
**Käte Kessel,**  
Wohnstr. 66.

**Vereinskalendar.**

Verein kath. lautm. Schifflinen und Beamten  
Montag 4/8 Uhr: Stenographiekursus. Dienstag  
Donnerstag 7 1/2 Uhr: Ab- und Zellenbesuch  
Freitag 7-8 Uhr: Bibliothek, Elternvereins- und  
Secretariat. Freitag punkt 7 Uhr beginnt  
wieder die apologetischen Vorträge.

Kath. Arbeiterverein St. Marien. Sonntag 6 1/2 Uhr  
Verammlung im Marienbildchen. Thema: Die Un-  
gaben des kath. Mannes in der Zeitgeist. Die kath.  
Männer sind zu Wort eingeladen.

Kath. Arbeiterverein Heiligen. Sonntag nachmittag  
4 Uhr: Verammlung im Vereinslokal des Der-  
dorf. Stübchen.

Männer-Schulst. Sonntag in der Münsterkirche nach-  
mittag 5 Uhr: Beistand für unsern verstorbenen  
Mitbruder Theodor Paul.

Elfenbein-Verein der Münsterkirche. Sonntag 6 1/2 Uhr  
hl. Messe für Witwe Apwers und 7 Uhr für M. W.  
Engers in der Marienbergrufe.

Jungenheim der Münsterkirche. Sonntag morgen 8  
Uhr: Gemeinsschaft, hl. Communion, um 4 Uhr A-  
badt, 5 Uhr: Verammlung.

Jünglingscongregation der Münsterkirche. Sonntag

[illegible][illegible]

1. Freitag  
 2. Samstag  
 3. Sonntag  
 4. Montag  
 5. Dienstag  
 6. Mittwoch  
 7. Donnerstag  
 8. Freitag  
 9. Samstag  
 10. Sonntag  
 11. Montag  
 12. Dienstag  
 13. Mittwoch  
 14. Donnerstag  
 15. Freitag  
 16. Samstag  
 17. Sonntag  
 18. Montag  
 19. Dienstag  
 20. Mittwoch  
 21. Donnerstag  
 22. Freitag  
 23. Samstag  
 24. Sonntag  
 25. Montag  
 26. Dienstag  
 27. Mittwoch  
 28. Donnerstag  
 29. Freitag  
 30. Samstag  
 31. Sonntag

**Rahmmaschine**  
belle Fabrikate in kinder  
Ausstattung und reicher  
Auswahl, unter anderem  
eigene wenig gebrauchte  
Einger. Rahmmaschinen bill.  
zu verkaufen.  
Gedr. Sommerau, Neuh.  
Oberkirch 40.

**Neues Benzin**  
per Liter, zu 8.50, sehr u.  
literweise abzugeben.  
Neuh. Neustadt 81.

ward unter Garantie  
3 Tagen mit echter  
Kräutermilch. **Pur**  
gebohlt.

Geruchlos ohne Be-  
störung Paket f. Kin-  
der. M. 630, f. Erwachsenen  
10, f. ältere Fälle M.  
Doppelpaket f. Mar-  
k. 1200, f. D. 1200.  
Teuch M. 550 u. 6.-. Al-  
echt durch  
Drogenhaus C. H. a.  
Neuss, Oberstr. 10.  
früher Engen Mönch u.  
Telefon 1499.



## Die Kapitulation vor dem Kapitalismus.

Auf dem achten „Russischen Kongress der Arbeiter“, über den dieser Tage nach russischen Quellen berichtet wurde, nannte einer der bolschewistischen Parteihäuptlinge es eine „gewaltige Aufgabe“, die Wirtschaft des Landes zu „regeln“. Den Anfang dazu hat die Sowjetregierung damit gemacht, daß sie vor dem Kapitalismus, den sie doch abschaffen wollte, glatt kapituliert hat. Denn nichts anderes bedeutet es, wenn die Sowjetleute den kapitalistischen Kapitalismus zu Hilfe rufen und ihm sogar wesentliche Vorzugstellungen im Lande des fünfjährigen Sowjetismus eingeräumt haben, damit er dessen völlig darniederliegende Wirtschaft einigermaßen heben und den gewaltigen Hunger in vorläufiger Bescheidenheit stillen helfe. Der „Vorwärts“ (1920, Nr. 610) bemerkt zu dieser Politik der russischen Kongressen, daß ihr Ergebnis die Erkenntnis der noch verbliebenen kümmerlichen Reste der bolschewistischen Staatsindustrie durch den überlegenen Apparat der fremdkapitalistischen Industrienorganisation sein werde. Rußland werde „international-kapitalistisches Kolonialland“. Hierzu ist der Boden in Rußland gut gedüngt. Denn der russische Arbeiter ist ja heute willensloser Sklave einer neuen Staatsbürokratie, die sich in merkwürdiger Verkennung des Begriffs für sozialistisch hält, und die „verdammte Bedürfnislosigkeit“, die schon Kasse für den deutschen Arbeiter abgewinnen wollte, hat einen Grad erreicht, der jeder Beschreibung spottet. Es gibt heute in der ganzen Welt kein besseres Ausbeutungsmaterial, als das unglückliche russische Proletariat.

Dieses Ergebnis einer dreijährigen bolschewistischen Beglückungssära, die mit der Sozialisierung begann und über die Militarisierung der Wirtschaft nunmehr bei der Kapitulation vor dem Kapitalismus endete, muß den deutschen Kommunisten, die uns mit dem russischen Schlimmen bedenkten wollen, doch außerordentlich peinlich sein. Die „Rote Fahne“, Zentralorgan der kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der Kommunistischen Internationale (1920, Nr. 260), bringt daher einen langen Artikel von dem bekannten Sowjethauptling Karl Radek aus der „Kommunistischen Internationale“, in welchem dieser die Kongressen Sowjetrußlands an den Kapitalismus zu rekrutieren sucht. Der Umstand, daß die Revolution nicht als Explosion, sondern als Revolution, also als langer Prozeß der kapitalistischen Welt überwindet, andere vollkommen die Lage, die Bedingungen der äußeren Politik der Sowjetregierung, Rußland könne nicht immer Krieg führen, und darum komme es nicht um die Frage herum, „einen modus vivendi (Auskommen) mit den noch kapitalistischen Staaten zu suchen und zu finden“. Radek kommt daher zu einem überraschenden Ergebnis, das wirklich lautet: „Solange in allen wichtigen Staaten das Proletariat nicht gestillt hat, solange es nicht in der Lage ist, alle Produktionskräfte der Welt zum Aufbau zu gebrauchen, solange neben proletarischen kapitalistischen Staaten existieren, so lange werden sie genötigt sein, Kompromisse zu schließen, so lange wird es weder einen reinen Sozialismus, noch einen reinen Kapitalismus geben, sondern territorial voneinander abgegrenzt, werden sie sich auf den eignen Staatsgebieten Kongressen machen müssen.“

**Angeklagtenbewegung und Weltanschauung.**  
Seit den Tagen der Revolution fühlt sich die Sozialdemokratie in all ihren Richtungen nicht mehr lebendig als eine reine Arbeiterpartei, sondern sie will eine Arbeiterpartei im weitesten

## Aufruf!

**Etwa 100 000 Gefangene**  
gehen im sibirischen Winter dem Tode entgegen. Diese 100 000 Kriegs- und Zivilgefangenen, Männer, Frauen und Kinder, können nach Aussagen der Delegierten des „Int. Roten Kreuzes“

**Diesen Winter nicht überleben,**  
denn sie sind zwar aus den Gefangenenlagern entlassen, dadurch aber schuplos dem Elend preisgegeben.

Sie haben in der Hoffnung auf Heimbefreiung ihre Kleider verkauft und müssen nun

**erfrieren.**  
Sie haben keine Mittel, um sich Nahrung zu verschaffen und müssen

**verhungern.**  
Sie sind durch jahrelange Gefangenschaft körperlich und geistig zerrüttet und der Verweigerung nahe.

Tausende liegen in Baretten ohne Decken, Bettwäsche und Medikamente und müssen unter entsetzlichen Schmerzen

**sterben.**  
Da die Heimtransporte wegen des sibirischen Winters nur in kleinen Maßstäben, wenn überhaupt möglich sind, müssen die Zurückgebliebenen durch

**Kleider, Nahrung und Medikamente**  
am Leben erhalten werden.

Die „Rote Fahne“ (gegründet von Fridjof Nansen) hat im Einvernehmen mit dem Sowjet-Regiment erreicht, daß die Materialtransporte unterseht bis nach Moskau und von dort an die Kriegsgefangenen gelangen. Es fehlen ihr also die Mittel.

**Sammelt also:**  
Geld zum Ankauf von Medikamenten und Ausstattungen;

Winterkleider, Mäntel und Schuhe;  
Nägel, Nädeln, kleine Werkzeuge, die diese Gegenstände als Landhilfe für Nahrung dienen;

Sinne des Wortes sein. Deshalb hat sie es in besonderem Maße auf die privaten Angehörigen in Industrie, Handel und Gewerbe abgesehen. Im Gegensatz zu der Arbeiterbewegung hatte sich bis zum Ausbruch der Revolution die Angestelltenbewegung bis auf einen nichtsektoriellen Verband, den Zentralverband der Angestellten, von einer parteipolitischen Beeinflussung oder gar Durchdringung ferngehalten. In der „Afa“, der Arbeitergemeinschaft freier Angestellterverbände, hat sich eine Reihe von Angestelltenverbänden zusammengeschlossen, die mehr oder weniger deutlich sozialistischen Charakter an sich tragen. Es ist sehr bezeichnend, daß in diesen Angestelltenorganisationen als gewerkschaftliche Führer solche Leute die maßgebende Rolle spielen, die sich politisch zum sozialdemokratischen Radikalismus, zu den Unabhängigen und Kommunisten, bekennen.

Die der Afa angeschlossenen Verbände dürften heute über 600 000 Mitglieder zählen. Kein Wunder, daß die politisch-radikalen Führer der Verbände alles tun, die Fäden, die bisher noch die sozialdemokratischen Parteien hinterhebelten, noch enger zu knüpfen. Die Afa-Organisationen beginnen, wie nun die Frankfurter Zeitung, die ihnen sonst wohl den Namen hielt, zu geben, nunmehr offen zum Sozialismus abzuweichen.

## Aufruf!

**denn solange wir leben, sollen sie nicht sterben!**

Veranlaßt durch einen Brief der Schwedischen Afa Brandström an das Weltkomitee des Roten Kreuzes in Genf, der die schreckliche Not der noch in Sibirien schmachtenden Kriegs- und Zivilgefangenen schildert, gründete der bekannte Nordlandfahrer Professor Fridjof Nansen einen internationalen Zentralverband, die „Nansenhilfe“, zwecks Zusammenfassung sämtlicher Hilfsbestrebungen für die bedauernswerten Gefangenen. Gebraucht werden noch mindestens 80 — achtzig — Millionen Mark!

Die Nansenhilfe will:

1. Sowjet Gefangene als möglich noch während des Winters heimbefreien;
2. die Kranken und die nicht mehr rechtzeitig vor dem Frühjahr abtransportiert werden können vor dem Tode durch Krankheiten, Erfrieren, Verhungern retten;
3. Die zu diesem Zweck erforderlichen ungeheuren Mittel aufbringen:

- a) Geld,
- b) Winterkleider, Mäntel und Schuhe,
- c) Lebensmittelkonserven,
- d) Medikamente.

Die Deutsche Regierung hat bisher allein den Unterhalt von 14 Schiffen getragen, die der Nansenhilfe für je 30 000 Pfund zur Verfügung gestellt hat. Mit diesen und auf dem Bankwege sind schon 92 682 Gefangene heimbefreit worden, jedoch noch etwa 100 000 in Rußland, Sibirien und Turkestan befinden.

Gebraucht werden noch mindestens 80 000 000 Mark.

Geldspenden nimmt die hiesige Kreis-Lohnkassiererin — Volksheimleiterin — 24 022 — entgegen.

Rüfen sendungen mit der Aufschrift „Nansenhilfe“ und Inhaltsangabe sind an die Firma Schreiber u. Co., Freihaufen, Stettin, Große Oststraße 90—92, zu senden.

Der Landrat.

nämlich, die am 6. und 7. November in Berlin tagte, wurde beschlossen, die Arbeiter und Angestellten aufzurufen, ihre ganze organisatorische Macht für die Verwirklichung des Sozialismus einzusetzen. Gleichzeitig wurde der Aufruf an den „Internationalen Gewerkschaftsbund“ in Aussicht genommen. Der Sekretär dieses Bundes, Jimmen (Münster), stellt klare Forderungen. Die Afa müsse wissen, daß sie dort in eine rote sozialistische Gesellschaft hineingerate. Jimmen rief, „in der Propaganda das Glaubensbekenntnis zum Sozialismus zu deutlichen und klar wie möglich den Angestellten vorzulegen.“ Die Angehörigen dieser Verbände seien die maßgebende Rolle spielen, die sich politisch zum sozialdemokratischen Radikalismus, zu den Unabhängigen und Kommunisten, bekennen.

Die der Afa angeschlossenen Verbände dürften heute über 600 000 Mitglieder zählen. Kein Wunder, daß die politisch-radikalen Führer der Verbände alles tun, die Fäden, die bisher noch die sozialdemokratischen Parteien hinterhebelten, noch enger zu knüpfen. Die Afa-Organisationen beginnen, wie nun die Frankfurter Zeitung, die ihnen sonst wohl den Namen hielt, zu geben, nunmehr offen zum Sozialismus abzuweichen.

gehofft sie sind, die Fäden zu machen für den dänischen König, den sie nicht anerkennen, und für seine Minister, von denen sie geschmäht, beraubt und beleidigt wurden. Keine Hand wird sich regen, meine Hand allein regt sich für dich. Noch ist der Weg frei, ich führe dich.

„Mein Weg,“ sprach Kornsen, „geht dorthin; er hat nichts mit deinen Wegen zu schaffen.“

Nach verließ er den Weg und ging den Reiter entgegen, die hohen die Heden der Umzäunung erreicht hatten.

„Da ist der Ranzleirat!“ rief der Polizeiminister.

„Was wünschen Sie von mir?“ fragte Kornsen.

Der erste der Herren trat auf ihn zu und sagte mit lauter, harter Stimme: „Es tut mir leid, ein so schlimmer Besuch zu sein; aber ich erfülle meine Pflicht. Vogt von Suhl, ich verhafte Sie im Namen des Königs.“

17.

Kornsen war nach Rendsburg gebracht worden, er sah in enger Dast, aber er war guten Mutes. Tage und Wochen vergingen, der Winter kam und noch immer wachte er nicht, was mit ihm geschehen sollte.

In seiner Einsamkeit hörte er freilich nach und nach, wie der kurze Traum verrann, den er von einer kräftigen, obwohl friedlichen und gelegentlichen Erhebung des Volkes für seine Rechte geträumt hatte; denn in Riel war die Petition an den König nicht einmal abgegangen, die Majorität des Stadtrats erklärte sich dagegen und in den anderen Städten jenseits der Bewegung in nichts, als Kornsen selbst ihr fehlte. Die Randleute auf ihren einsamen Höfen hatten von der ganzen Sache überhaupt nicht viel begriffen. Sie waren der bezaubernden Persönlichkeit des edlen, stolzen Mannes und seiner feurigen Verehrbarkeit nachgelaufen; jetzt hatte man ihn in den Kerker geworfen, was konnten sie mehr tun, als ihn bedauern und — schweigen, wenn die Danksagungen ihre Stimmen erhoben, die nun laut genug hervortraten.

Die anfangs befruchtete Regierung, welche im ersten Schrecken glaubte hatte, daß ganze Land brenne, lichterloh überlegte sich bald, daß es ein bloßes Strohfeuer gewesen sei und daß sie mit dem

Handelischen Gedankenlänge zur Erlösung des unüberbrückbaren Klassenkampfes zwischen Kapital und Arbeit und zur unverbrüchlichen Solidarität aller Arbeiter und Handarbeiter erziehen.

Eine Opposition gegen solche Tendenzen geht bisher nur von dem Afa noch angehört, aus, der neuerdings einzusehen beginnt, daß er auf einem falschen Pferde geritten hat. Die Weltanschauungsfrage verlangt nunmehr auch in der Privatbeamtenbewegung ihre Rechte. Die den Deutschen Gewerkschaftsbund durch den Gesamtverband deutscher Angestelltenvereine angeführten christlich-nationalen Organisationen sind u. a. der Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverband, der Verband weiblicher Handels- und Büroangestellter, der neue Deutsche Technikerverband und der Deutsche Werksmeisterbund. Die Angestellten werden aber auf die Dauer erkennen müssen, daß sie mit einer sozialdemokratischen, noch internationalen Gesichtspunkten orientierten Klassenpolitik auf die Dauer keine Ständepolitik machen können, die ihren besonderen Interessen frömmelt.

**Hauptausfluß des Reichstages.**

Berlin, 13. Jan. Heute wird zunächst eine halbe Million Mark zur Förderung der auf sittliche und geistliche Erziehung des Volkes gerichteten Bestrebungen genehmigt.

Dr. Schreiber (Ztr.) empfiehlt einen parlamentarischen Beirat für Volksbildungswesen beim Reichsministerium des Innern zu bilden. Es müßten feste Leitfäden für Volksbildungsfragen gewonnen werden.

Staatssekretär Schulz (Reichsministerium des Innern) gibt Auskunft über die Verwendung der Beträge zur Förderung des Schulwesens, Reich, Länder und Gemeinden müßten sich dieser Frage annehmen. Mit der jetzt bestehenden städtischen Volkshochschule sei die Frage der Volkshochschule noch nicht gelöst. Die Gegenstände der Volkshochschule seien sich allerdings nicht ausmerzen, deshalb sollten auch weltanschauliche Volkshochschulen besonderer Körperlichkeiten, Religionsgemeinschaften, politischer Gesinnungen unterstellt werden.

Abg. Dr. Bachmair (Zem.) wünscht, daß ein Plan der Förderung des Volksbildungswesens aufgestellt werde. Die Hauptarbeit werde immer bei den freien Vereinigungen liegen.

Abg. Dr. Kuntze (Z. Wp.) drückt sein Erstaunen darüber aus, daß nur an Unterhaltungen einzelner Organisationen oder Einrichtungen gedacht ist. Wenn das Reich Milliarden für die Ernährung ausbe, so müßten auch für den geistigen und kulturellen Aufbau des Volkes größere Summen bereitgestellt werden.

Staatssekretär Schulz. Die große Tragik auf dem Gebiete der Volkshochschule liegt darin, daß früher, als das Reich die Mittel befaß, es nicht die Fähigkeit hatte, jetzt, wo das Reich das Bestreben hat, in weitem Maße helfend einzugreifen, fehlen ihm die Mittel.

Abg. Weich (Zem.) befürwortete gleichfalls die Bildung eines ständigen Ausschusses als Beirat.

Abg. Sellmann (Zem.) ist auf der Meinung, daß es sich bei den Ausgabenposten betr. Förderung der Volkshochschule um aufwendig beschriebene Zahlen handle, aber die Kritik sei unangebracht, da die große Geldnot des Reiches dazu zwingt, um nach der Rede zu streben.

Abg. Dr. Bachmair (Zem.) stellt, unterstützt von sämtlichen Parteien den Antrag, einen ständigen Ausschuss für das Bildungswesen einzusetzen, der auch einstimmig angenommen wurde.

Der Hauptausfluß wendet sich dann dem Etat des Reichs an, wobei es zu einer Befragung der Aufgaben des Reichs kommt. Ferner wurde über die Anregung des Referenten Dr. Schreiber eingehend gesprochen, die dahin ging, daß von den 20 Millionen Mark, welche der Reichsgemeinschaft der deutschen Wissenschaft gewährt werden, nicht fünf Millionen abgezogen werden sollen. Diese Anregung findet Zustimmung und Widerspruch. Schließlich nahm der Hauptausfluß die Etatposition von 20 Millionen Mark für die Volksgemeinschaft unverändert an.

einen Manne, der es angezündet und in Brand gehalten hatte, der ganzen Bewegung Herr geworden sei. Sie hatte nur nötig, diesen verworrenen Vogt von Suhl zu strafen, um auf lange Zeit sicher zu sein, daß sich nichts regte; alle Maßregeln wurden daher genommen, um ihn nicht davon kommen zu lassen.

Die Regierung fühlte, was an der Verurteilung dieses Mannes, was an seiner Freisprechung hing. Wenn die letzte erfolgte, so war es ein Sieg der Volkspartei, der unberechenbare Folgen haben konnte. Kornsen wurde von neuem der geleistete Geld; seine Kühnheit mußte wachsen. Er war wohl anderer Dinge dann fähig als dieser erste.

Da man in Kopenhagen den Mann und seinen Charakter genau kannte, so war man um so mehr besorgt. Eine außerordentliche Untersuchungskommission wurde ernannt, mit dem Auftrag, die Handlungen Kornsens und seiner Mitgeschickten aufs strengste zu prüfen. Nachforschungen wurden in allen Städten und Orten angestellt, wo Versammlungen gewesen waren, eine große Zahl von Personen aller Stände wurden vernommen und in Kreuzverhören abgemerkt, um Aussagen und Beweise zu erhalten; nichts wurde gespart, um zu schrecken und einzuschüchtern, nichts unverdächtig gelassen, um ein Verbrechen festzustellen, das durchaus begangen sein sollte, und man hatte die tauglichsten und tüchtigsten Werkzeuge dazu ausgewählt, die den redlichsten Willen hatten, ihren hohen Vorgefetzten als besonders brauchbar zu empfehlen.

Nicht besser ging es dem gefangenen Manne in seinem Kerker. Seine Verhöre folgten langsam und ununterbrochen; man ließ ihm sechs Monate Zeit, um müde zu werden, aber die Jahre strahlten in diesem gigantischen Körper war so leicht nicht zu zerbrechen. Die Einschränkungen und der Abble Wille seiner Wächter mochten ihm lästig werden und seine Gesundheit angreifen, seine geistige ungebundene Tätigkeit ließ ihm dies kaum bemerken. Er verheimlichte den Untersuchungskommissionären nichts und verschwiegte nichts; was er sagte, geschah im vollen Gefühl seines Rechts und im Bewußtsein, nichts getan zu haben, was die Landesgesetz im geringsten verletzte hätte. (Fortsetzung folgt.)

## Der Vogt von Suhl.

Erzählung von Theodor Mägge.

(Fortsetzung.)

„Was soll das?“ rief er zurecht, „Gräulein von Hammerstein! Wie ist es möglich?“

„Daß ich hier bin,“ sagte Lina, „inwiefern sie zu ihm hintrat. Ich suche dich, Jens. Dort liegt die Schlange in der Nacht, welche mich herübergebracht hat. Beenden hat sie gekaut; wir sind auf einer Reise nach Helgoland begriffen und wollen dich mitnehmen.“

„Mich mitnehmen?“ fragte Kornsen erstaunt. „Ich bedauere, es abzuschlagen zu müssen.“

„Und was könnte dich abhalten?“ fuhr Lina fort. „Was eine Pflicht? Ich glaube, es wird keine nachste und erste Pflicht sein, nicht so unwillig Blick auf mich zu werfen, sondern zu hören, was ich dir zu sagen habe. Willst du mich durch den Garten begleiten?“

„Hier ist mein Vater, meine Mutter und ein alter bewährter Freund,“ erwiderte Kornsen. „Was ich zu hören habe, kann ich in ihrer Gegenwart hören.“

„Wie unartig, wie eigenfönnig!“ erwiderte das Fräulein lächelnd, „aber wie du willst, ich habe Nachrichten aus Kopenhagen erhalten, die mich bestimmen, dich aufzusuchen; es freut mich, daß ich nicht zu spät komme.“

„Nicht zu spät?“ sprach Kornsen leise und schwer. In diesem Augenblick trat der Kammerherr ein, um die Gede des Hauses. Er hatte sich sehmächtig in eine weite blaue Joppe gekleidet und einen mächtigen Hut aufgesetzt. Die Hände hielt er in den Taschen, und in sein Auge hatte er sein Glas geklemmt. Er sah erheit und etwas ängstlich, aber ebenso selbst wie lächerlich aus. „Da ist er ja,“ rief er, „unser treuer Freund Kornsen. Ich grüße Sie, lieber Ranzleirat. Sie sehen prächtig aus. Es muß durchaus gesund sein; ich meine jedoch, wir haben keine Zeit zu verlieren, wenn wir Ihre Gesundheit aufrecht erhalten wollen.“

„Kommen Sie, Bräutigam?“ fragte Lina. „Ich glaube, Sie sind es,“ erwiderte der Baron.

„Ich sehe ein paar Männer zu Pferde und ein halbes Dutzend Kerle hinter ihnen, die höchst verdächtig in der Sonne blitzen.“

„Nun, Kornsen,“ sagte das Fräulein, „ich denke, du weißt, worum es sich handelt. — Sieh dort hin, sie nähern sich rasch; in wenigen Minuten dürfte es zu spät sein.“

Kornsen warf einen langen, festen Blick auf die Reiter, welche den Weg von Morum heraukamen.

„Ich sehe drei Männer,“ erwiderte er, „deren einen ich sehr gut kenne. Es ist der Strandvogt und Polizeimeister.“

„Die beiden anderen,“ fügte Lina hinzu, „sind ein Offizier der Landgendarmarie und ein Rat der Regierung. Sie haben den Befehl, dich zu verhaften, wo sie dich finden.“

„Mich zu verhaften?“ sagte Kornsen stolz und ungläubig sich aufrichtend. „Unmöglich!“

„Ehe diese würdigen Männer hier anlangen, können wir an Bord sein und vom Lande abhalten,“ fuhr Lina fort. „Es springt eine Brise auf, die uns erlaubt, sie in aller Ruhe zu betrachten. Man hat in Kopenhagen beschlossen, dich zu vernichten, glaubst du, daß man es nicht kann? Laß dich nicht in ihre Kerker stecken, hoffe nicht auf die Gerechtigkeit der Herren, hoffe nicht auf die Gerechtigkeit der Herren, hoffe nicht auf die Gerechtigkeit der Herren.“

„Lina,“ rief sie mit mir. Wenn du in Sicherheit bist, dann entscheide, was du weiter tun willst.“

„Es ist unmöglich!“ rief Jens, zurechtredend, „und wenn es so wäre, wie du sagst, es ist dennoch unmöglich! Keinen Fuß breit will ich weichen; nichts könnte den Feinden meines Vaterlandes willkommener sein. Sie sollen sich verrechnen haben, sowohl an mir, wie an dem Reichsgefühl derer, die sich selbst zu Richtern einsetzten. Es gibt kein Gericht auf Erden, das mich verurteilen könnte, wenn die Ehre noch eine Wohnstätte hat unter den Menschen.“

„O Jens,“ rief die bange Mutter, den Sohn bittend ansehend, „verbirg dich, fliehe, bis die Gefahr vorüber ist.“

„So leicht geht es nicht vorüber,“ sagte Kornsen. „Mögen Sie es wagen, der Same ist ausgestreut, Sie werden die Früchte ernten.“

„Bauft du auf diese demütigen, zu allem bereiteten Deutschen?“ fiel Lina ein. „Du siehst, wie





---